

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Als nächster der Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, Dr. Pollack.

## Dr. Pollack, Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben gemerkt, ich war soeben nicht im Raume. Die Bauern demonstrieren wieder mal, und ich habe im Foyer des Hauses eine Delegation der Gewerkschaft mit Vertretern von Betrieben der Nahrungsgüterwirtschaft empfangen. Sie haben die Bitte sowohl an die Regierung als auch an dieses Haus, daß auch die Abgeordneten die Sorgen, die die Bauern und die Nahrungsgüterwirtschaft sicher mit Recht haben, erkennen und alle mithelfen, diese Sorgen abzubauen. Ich habe den Vertretern deutlich gemacht, daß es an meinem guten Willen nicht liegt, sondern daß wir hier gemeinsam Wege finden müssen.

In der Aussprache zur Regierungserklärung sind von drei Abgeordneten Bemerkungen zu meinem Verantwortungsbereich gemacht worden. Ich möchte mich sehr kurz fassen. Ich kann pauschal feststellen, daß es danach zwischen der Regierung und dem Parlament eigentlich kaum unterschiedliche Standpunkte gibt.

Aber auf drei Dinge möchte ich hier noch kurz eingehen. Erstens: Ich muß noch einmal sehr dick unterstreichen, was der Abgeordnete Ringstorff hier gesagt hat, daß wir nämlich einen sehr großen Katalog an Altlasten mit uns tragen, den wir zu verwalten haben, aus dem wir heraus müssen - und das möglichst schnell. Das dokumentieren diese Art von Demonstrationen. Natürlich ist es so, daß diese Lasten, die wir hier mit uns tragen, uns den Übergang zur sozialen Marktproduktion nicht gerade leichter machen. Ich möchte den Katalog hier nicht aufzählen. Das würde zeitlich zu weit führen, und er könnte auch nur unvollständig sein.

Zweitens: Es ist nicht richtig, wenn der Abgeordnete Maleuda von der Bauernpartei hier gesagt hat, daß in der Regierungserklärung nichts zur Absatzsicherung und zum Schutze unserer landwirtschaftlichen Produzenten gesagt worden sei. Der Ministerpräsident hat eindeutig formuliert, daß die Regierung für jedweden Schutz unserer Landwirtschaft eintritt - und das für eine mehrjährige Übergangsperiode. Wir können sicher nicht erwarten, daß in einer solchen Grundsatzerklärung Details dazu dargelegt werden.

Drittens: Ich habe mich darum bemüht, sehr schnell Maßnahmen zum kurz- und mittelfristigen Schutz für unsere Landwirtschaft auf den Weg zu bringen - Dinge, die sich seit langem andeuten und inzwischen überfällig sind.

Es geht darum, höhere Verarbeitungsmengen in unseren Betrieben der Nahrungsgüterwirtschaft und mehr Aktivitäten im Handel zu erreichen, Reserven zu nutzen, NVA-Küchen einzugliedern und ähnliches, um hier die Verarbeitungsstrecke zu intensivieren und mehr Produkte auf den Markt bringen zu können. Denn der schlimme Zustand, daß wir in der Primärproduktion Berge haben und Täler in der Versorgung, ist trostlos.

Nächstens: Es geht darum, eine spürbare Erhöhung der Exporte von Fleisch- und Milchprodukten zu bekommen, von Eiern und Eierprodukten, und das sehr kurzfristig, also im II. Quartal, und auch im zweiten Halbjahr weiter. Das ist gut angearbeitet gewesen. Das werden wir noch versuchen, weiter zu intensivieren. Aber ich kann Ihnen hier sagen, daß wir z. B. beim Lebendvieh im ersten Halbjahr soviel Export haben werden wie 1989 im ganzen Jahr. Und auch das ist ein Mosaikstein im Gesamtmosaik zur Entlastung der derzeitigen Situation auf dem Markt.

Es geht mir aber auch - um als nächsten Mosaikstein diesen zu setzen - um einen Veredlungsverkehr, insbesondere mit der Bundesrepublik, im Zusammenhang mit den jetzt auf den Markt - kontrolliert oder unkontrolliert - strömenden Waren, die sicher unsere Bevölkerung sehr gerne sehen und auch sehr gerne es-

sen, weil sie von Ansehen und auch von der Qualität nicht schlecht sind, und leider, sie sind zwar teurer, aber sie sind eben auch besser als die, die wir bisher selber auf den Markt bringen. Hier haben wir erheblichen Zugzwang.

Es geht mir auch um die Lizenzierung dieser Importe insbesondere dadurch, daß der Beschluß vom 8. Februar 1990 präzisiert wird und bei den agrarischen Produkten - ich will Ihnen die Liste nicht nennen - erreicht wird, daß wir eine zentrale Lizenzierung bekommen und nicht mehr jeder Rat des Kreises und meinetwegen auch Rat des Bezirkes ausschreiben kann, das darf rein oder das nicht. Die Masse kommt ja sowieso ohne diese Auflassung durch irgendein Staatsorgan. Deshalb wollen wir das sehr schnell in Anlehnung an die Erfahrungen der Bundesanstalt für Landwirtschaftliche Marktordnung auch bei uns im Hause tun.

Es geht um Modernisierung der Verarbeitungsindustrie und um Modernisierung der Vermarktung, also auch um die ganze Handelsstrecke. Es geht darum, daß wir bestimmte Dinge auch fördern müssen, damit unsere - nun formuliere ich mal - Ernährungsindustrie, also die Lebensmittelindustrie und die Nahrungsgüterwirtschaft, in die Lage versetzt wird, in Zukunft besser im Wettbewerb bestehen zu können. Fakt ist natürlich auch: Schutzmaßnahmen im Sinne einer „grünen Grenze“ werden eben nur zeitlich begrenzt auszuhandeln und werden nicht auf ewige Zeit festzuschreiben sein.

Und es geht um Aktivierung zur Umschulung und zum Aufbau von neuen Arbeitsplätzen für in der Landwirtschaft freizusetzende Arbeitskräfte. Daß das auf uns zukommt, wissen wir alle. Daß wir hier einen großen Handlungsbedarf auf dem Lande haben, sicher sehr stark in Richtung mittelständischer Industrien auf dem Lande, ich glaube, das ist für jeden erkennbar.

Die kurzfristig möglichen Maßnahmen wie z. B. die Lizenzierung im Sinne einer „grünen Grenze“ werden sehr schnell in Kraft gesetzt werden und werden sehr schnell wirksam werden. Aber es ist natürlich so, auch dazu wird Geld gebraucht. Es gibt zu diesem Komplex auch erste Kontakte zu Beamten des Bundesministeriums in Bonn, die immerhin auf eine Verhandlungsbereitschaft schließen lassen.

Gestatten Sie mir ganz zum Schluß noch zwei Sätze. Ich weiß nicht, wer von Ihnen vorgestern abend die ZDF-Sendung aus Wittstock gesehen hat, wo in einer Art und Weise gehandelt worden ist, Schweine totgeschlagen worden sind, einer Art und Weise, die eigentlich unmenschlich ist. Es ist so. Wir sind uns sicher in diesem Hause darüber einig, daß es keine Lösung ist, daß wir Tiere brutal totschiessen. Es widerspricht auch unseren gegebenen Gesetzen. Ich habe veranlaßt, daß in unserem Hause geklärt wird, inwieweit das eine Straftat ist, inwieweit das eine Ordnungswidrigkeit ist, um hier nicht nur moralisch gegen eine solche Sache zu polemisieren, sondern auch hier die Möglichkeiten, die das Gesetz uns bietet, zu nutzen. Schönen Dank.

(Beifall)

## Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ja, bitte, eine Frage, zweite Frage, da muß ich jetzt aussuchen. Bitte schön, Sie als Dritter.

Hildebrand (Bündnis 90/Grüne):

Herr Minister! Stehen von Ihrem Ministerium Startmittel zur Verfügung für einen alternativen ökologischen Landbau und wieviel? Danke.

## Dr. Pollack, Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft:

Ich kann das ganz schnell beantworten. Ich weiß das noch nicht, aber ich werde mich sehr schnell darum bemühen, um Ihnen Auskunft geben zu können.